

Weniger Impfungen an Schulen

Ist die Impfskepsis für den Einbruch nach der Pandemie verantwortlich? Kinderarzt sieht Kanton mit in der Pflicht.

Rahel Künzler

Die nackten Zahlen sind eindrücklich: 2019 haben die Ärztinnen und Ärzte an Aargauer Schulen 15 644 Mal geimpft, 2023 hingegen nur noch 11 203 Mal, wie die Auswertung der Lungenliga Aargau zeigt. Damit ist die Zahl der Impfungen gegenüber dem Niveau von vor der Pandemie um fast 30 Prozent zurückgegangen.

Die Impfungen an der Volksschule sind für die Eltern kostenlos. Ziel des Kantons ist es, Impflücken bei Basisimpfungen für Kinder wie Masern, Mumps und Röteln zu schliessen und falls nötig Impfungen aufzufrischen. In der Oberstufe wird zudem die Impfung gegen eine Infektion mit Humanen Papillomaviren (HPV) sowie gegen Hepatitis B angeboten. Beide Viren werden häufig beim Sex übertragen.

Impfzahlen schon seit Jahren rückläufig

Einmal in der 1. oder 2. Primarklasse und ein zweites Mal in der 1. oder 2. Oberstufe überprüfen Impfteams der Lungenliga Aargau im Auftrag des Kantons das Impfbüchlein der Schülerinnen und Schüler. Der Impf-Check ist freiwillig. Mit dem Einverständnis der Eltern können die fehlenden Impfungen anschliessend direkt an der Schule gemacht werden.

Die Nachfrage nach den Schulimpfungen ist jedoch, wie eingangs erwähnt, tendenziell schon seit Jahren rückläufig. Insbesondere in den beiden Jahren nach der Coronapandemie, 2022 und 2023, erreichte die Zahl der Impfungen einen neuen Tiefpunkt.

Ein direkter Vergleich der Zahlen von Jahr zu Jahr ist zwar schwierig, da die Impfaktionen an den Primarschulen nur alle zwei Jahre stattfinden und die Zahl der Lernenden je nach Jahrgang schwankt. Der Einbruch der Impfzahlen 2020 ist laut der Lungenliga Aargau teilweise auf die Coronamassnahmen zurückzuführen. So hätten an den Primarschulen nicht alle Impfaktionen wie geplant stattfinden können, sagt Mediensprecher Daniel Sommerhalder.

Gleichzeitig gibt es immer mehr Schülerinnen und Schüler im Aargau. Gemessen an der Zahl der Schulkinder ist der Rückgang bei den Impfungen deshalb noch deutlicher: Wurden 2019 in den Schulen noch 20 Impfungen pro 100 Schülerinnen und Schüler verabreicht, waren es 2022 und 2023 noch 14 – gut einen Drittel weniger.

Eltern stellten mehr Fragen zum Impfen

Was sind die Gründe für diese Entwicklung? Daniel Sommerhalder von der Lungenliga Aargau sagt, dem Impfpersonal an den Schulen sei aufgefallen, dass im Jahr 2022, direkt nach der Pandemie, die Eltern deutlich mehr Fragen gestellt hätten als üblich. «Viele sagten, sie wollten zuerst mit dem Hausarzt besprechen, was geimpft wer-



Die Impfungen an den Schulen sind kostenlos für die Eltern.

Bild: Michael Buholzer/Keystone

den soll.» Inzwischen habe sich die Situation aber wieder normalisiert.

Der kantonsärztliche Dienst weiss, dass an den Schulen in den letzten zwei Jahren weniger geimpft wurde. Doch laut Kanton liegen zu den Gründen keine Daten vor. Möglicherweise würden die Impfungen vermehrt bei den Kinder- und Hausärzten durchgeführt.

Die besten Informationen zu den Impfquoten von Kindern und Jugendlichen liefert das kantonale Impfmonitoring des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Dabei wird in jedem Kanton eine Stichprobe von Eltern gebeten, einen Fragebogen zum Impfstatus ihrer Kinder

auszufüllen und eine Kopie des Impfausweises einzusenden. Anhand dieser Daten berechnen Forschende die Impfquote.

«Diskussion zum Impfen hat sich überhitzt»

Die neusten Impfquoten für den Kanton Aargau stammen aus dem Jahr 2022. Hier zeigt sich – im Gegensatz zu den Schulimpfungen – kein Rückgang gegenüber dem Niveau von vor der Pandemie. Dabei gibt es aber einen Haken: Deutlich weniger Eltern als in früheren Jahren haben an der Umfrage teilgenommen. Das schmälert die Aussagekraft der Daten.



Jan Fehr
Infektiologe an der Universität Zürich

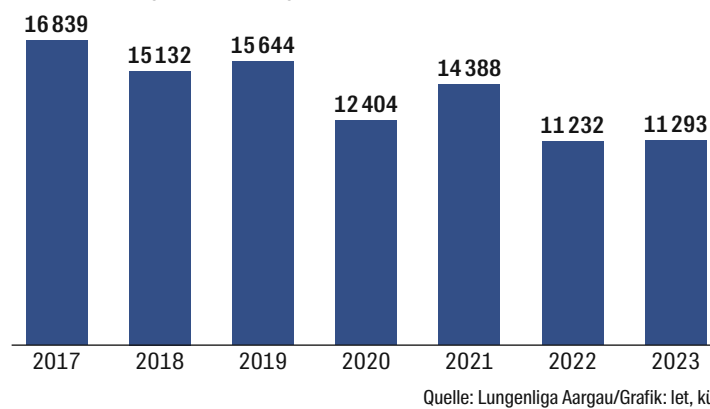
Jan Fehr ist Professor am Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich, das die Langzeitstudie im Auftrag des BAG durchführt. «Natürlich gibt es immer Eltern, die ihre Kinder wirklich nicht impfen lassen wollen», sagt er. Dass deren Zahl nach der Pandemie stark zugenommen hat und die Beteiligung an der Umfrage deshalb so tief ausgefallen ist, glaubt er aber nicht. Vielmehr seien viele Menschen des Themas überdrüssig.

«Die Diskussion um das Impfen während der Pandemie hat sich überhitzt. Bis wir wieder zu einem entspannteren Umgang mit dem Thema finden, wird es noch etwas dauern», sagt er. Wie schon in der Vergangenheit gebe es viele Eltern, die sich zwar an die Impfempfehlungen hielten, sich aber in einem Fragebogen nicht explizit dazu äussern wollten.

Der Infektiologe sieht aber auch Bedarf für umfassendere Impfdaten. Hilfreich wäre eine nationale Plattform, die alle Daten von Impfstellen, Kran-

An Aargauer Schulen wird immer weniger geimpft

Total der Impfungen an allen Aargauer Volksschulen von 2017 bis 2023



kenkassen und Impfstoffverkäufen digital zusammenführt und somit einen besseren Überblick ermöglicht, sagt er. «Natürlich anonymisiert.» Damit das realistisch wird, müssen allerdings etliche Hürden bei der Digitalisierung und rechtliche zum Datenschutz genommen werden.

Kinderärzte nicht zufrieden mit Schuluntersuchungen

Stephan Menzinger ist Präsident des Verbandes für Kinderärztinnen und Kinderärzte Aargau und leitet eine grosse Gruppenpraxis für Kinder und Jugendliche in Rheinfelden. Im Kontakt mit Patientinnen und Patienten hat er nicht den Eindruck, dass sich an der Impfbereitschaft nach der Pandemie viel geändert hat.

«Impfskeptische Personen kommen allerdings eher gar nicht in die Praxis», sagt er. Den wichtigsten Ort, um Eltern und ihre Kinder zu erreichen, sieht er bei den obligatorischen Untersuchungen zum Schulstart und Schulabschluss. Denn dort wird auch der Impfpass kontrol-

liert und gegebenenfalls über die Bedeutung von Impfungen aufgeklärt.

Grundsätzlich erfolgt die Untersuchung beim eigenen Arzt. Die Schulkinder erhalten dafür einen Gutschein, ähnlich wie bei der Zahnkontrolle. Wer das nicht tut, muss sich von der Schule einen Termin beim Schularzt geben lassen. Er kennt aber einige Schulen, die diesem Auftrag nicht oder nicht mehr nachkommen, sagt Menzinger. Es gebe auch Schulen, die überhaupt keinen Schularzt hätten. Für den Verband ist die derzeitige Situation unbefriedigend, weshalb er das Gespräch mit dem Kanton gesucht habe.

Der Kanton schreibt dazu, es sei die Aufgabe der Schulen, zu kontrollieren, ob die Untersuchungen wirklich stattgefunden haben. Zudem würden die Schulen dazu angehalten, den kantonsärztlichen Dienst zu informieren, wenn sie keine Schulärztin mehr haben. In diesem Fall suche der kantonsärztliche Dienst eine individuelle Lösung, bis die Stelle wieder besetzt sei.

Kampagne für Klima lanciert

Abstimmungen Am 9. Juni 2024 stimmt das Aargauer Stimmvolk über die Aufnahme eines Klimaparagrafen in die Kantonsverfassung ab. Nun hat das überparteiliche Abstimmungskomitee am Freitag den Startschuss für seine Kampagne gegeben. Angeführt wird das Komitee von den Grossrätinnen und Grossräten Jonas Fricker (Grüne), Alfons Paul Kaufmann (Die Mitte), Gabi Lauper Richner (SP), Adrian Meier (FDP), Christian Minder (EVP) und Gian von Planta (GLP).

Die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen sei die grösste Herausforderung unserer Zeit, schreiben die Initiantinnen und Initianten der Vorlage in ihrer Mitteilung. Mit dem Klimaparagrafen würden der Klimaschutz und die Klimaanpassung als erstrangige Staatsaufgabe von Kanton und Gemeinden in der Verfassung verankert. Dies sei wichtig, da das nationale Klimagesetz die Gemeinden nicht einbezieht. Der Klimaparagraf bringe Rückenwind für Aktivitäten und erhöhe die Wahrscheinlichkeit, das Klimaschutzziel Netto-Null bis 2050 zu erreichen.

Unterstützung erhält das Anliegen von 29 Organisationen, darunter etwa der Aargauer Heimatschutz, der Aargauische Fischerei- und Försterverband, Pro Natura Aargau und viele weitere. Der Regierungsrat sowie der Grossrat empfehlen ein Ja zum Klimaparagrafen. (luk)

EVP stimmt Ja zu Klimaparagraf

Abstimmungen Die Evangelische Volkspartei (EVP) Aargau hat an ihrer Parteiversammlung die Ja-Parole für den kantonalen Klimaartikel beschlossen. Der geforderte «Klimaparagraf» sei breit abgestützt und gebe Planungssicherheit für Innovation im Umweltsektor, heisst es im Schreiben der Partei.

Die EVP Aargau bestätigte zudem die Parolen der Mutterpartei für die nationalen Vorlagen. Sie lehnt die Prämienverbilligungsinitiative ab. Zwar hätten die Parteimitglieder Verständnis für Familien und Personen, die knapp über der Grenze für Ergänzungsleistungen leben und mit der Initiative entlastet würden. Da das Gesundheitswesen aber Sache der Kantone sei, sei die übermässige Kostenbeteiligung des Bundes das falsche Mittel gegen die hohen Prämien. Für die Kostenbremse-Initiative fasste die EVP Aargau die Ja-Parole nach einer Diskussion über die Anspruchshaltung von Patientinnen und Patienten und die vielen Reformen im Gesundheitswesen, die nicht den gewünschten Erfolg gebracht hätten. Die Kantonalpartei stellt sich zudem hinter das Stromversorgungsgesetz, mit der Hoffnung, dass «das Potenzial der nachhaltigen Energiegewinnung im Inland ausgeschöpft werden kann». Die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» lehnt die EVP Aargau klar ab. Die geforderten Grundrechte seien bereits in der Verfassung verankert. (luk)